

Freifahrtschein für Frankreichs Knüppelgarde

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Je weniger die herrschende Klasse bereit oder in der Lage ist, der Masse der Lohnabhängigen soziale Zugeständnisse zu machen, umso mehr offene physische Gewalt wendet sie an. Die Zumutungen der bürgerlich-kapitalistischen Politik werden dann von den *"Ordnungshütern"* mit Hilfe von Tonfa-Knüppeln, Tränengas, Gummigeschossen, Hochdruckwasserwerfern und artverwandten Instrumenten der *"westlichen Wertegemeinschaft"* durchgesetzt.

Seit langem lässt sich dies bei *"Reformen"* (besser gesagt: Gegenreformen) beispielsweise in Griechenland beobachten. Doch seit einigen Jahren macht auch Frankreich in dieser Hinsicht von sich reden. Das brutale Vorgehen der Flics gegen die Gelbwesten-Proteste, gegen Umweltschützerdemos, gegen die Massenproteste wider Macrons Verschlechterung des Rentensystems und jüngst beim Aufstand der Jugendlichen in den Banlieues, der durch die Erschießung des jugendlichen Autofahrers Nahel bei einer Verkehrskontrolle ausgelöst wurde, dürften noch in bester Erinnerung sein.

Dass die staatlichen Hooligans in Uniform dafür manchmal - wenn auch selten - strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden und zuweilen gar im Knast landen, gefällt den politisch vielfach sehr weit rechts angesiedelten Polizeigewerkschaften jenseits des Rheins gar nicht.

Nachdem nun einer der vier Flics der Spezialeinheit BAC in Untersuchungshaft landete, die in der Nacht auf den 2. Juli 2023 in Marseille den zunächst von einem Gummigeschoss am Kopf getroffenen 21jährigen Hedi in eine (vermeintlich) dunkle Ecke schleiften und ihn dort (dummerweise vor laufenden Videokameras) ins Koma prügeln, führte zu einem wilden Streik eines Teils der *"Schutzmänner"* und zu wütenden Reaktionen von Standesvertretungen wie der SGP. Die sehen in einer Untersuchungshaft für Prügelbullen eine *"Missbilligung"* ihrer wertvollen Tätigkeit - ja sogar eine *"Entehrung"*.

Die ARD-*"Tagesschau"* brachte am 28.7.2023 auf ihrer Homepage dazu einen lesenswerten Bericht: [Schweres Zerwürfnis zwischen Polizei und Justiz in Frankreich | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/inland/frankreich-polizei-justiz-2023-07-28)

Um dem einen Riegel vorzuschieben, fordern die korporativen Interessenvertreter der Flics und Gendarme nun eine generelle Straffreiheit für ihr Tun und stoßen bei Macrons Innenminister Gérald Darmanin auf viel Verständnis.

Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass sich das vermeintlich *"kleinere Übel"* in der Realität am Ende häufig als ein großes Übel entpuppt. Zur Erinnerung: Als - aus

antifaschistischen Gründen notwendiges - "*kleineres Übel*" wurde in der zweiten Runde der letzten Präsidentschaftswahlen am 24. April 2022 das Votum für Emmanuel Macron verkauft, um so einen "*Rechtsruck*" unter einer Staatschefin Marine Le Pen zu verhindern...

Diese jüngste Entwicklung und Erfahrung in Frankreich als einem Kernstaat und Stützpfeiler der EU ist angesichts der Aussicht auf eine langanhaltende wirtschaftliche und soziale Krise und die entsprechenden politischen Reaktionen in der BRD auch bei uns hochinteressant und nichts, was als französische (oder griechische oder spanische oder italienische) Besonderheit abgetan werden sollte.

Daher haben wir zwei aufschlussreiche Interviews zum Thema aus der linken italienischen Tageszeitung "*il manifesto*" vom 30. Juli 2023 mit dem Rechtsanwalt **Arié Alimi** und aus dem linksliberalen "*il Fatto Quotidiano*" vom 31.7.2023 mit dem (etwas gemäßigtere Kritik übenden) Direktor des Nationalen Zentrums für Wissenschaftliche Forschung (CNRS) **Sebastian Roché** übersetzt, die Ihr hier im Anhang findet.

Mit solidarischen Grüßen,

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

2. August 2023

Der Anwalt Alimi: "Die Forderung der französischen Polizei, über dem Gesetz zu stehen, ist das Ende der Demokratie."

FRANKREICH. Interview mit Rechtsanwalt Arié Alimi: "Sie stellen Forderungen, während ihnen immer mehr Gewalt vorgeworfen wird. Und das Ministerium folgt ihnen: ein Zeichen dafür, dass die politische Macht in den Händen einer echten 'Polizeimacht' liegt."

Filippo Ortona – Paris

Arié Alimi ist ein französischer Rechtsanwalt. Im Laufe der Jahre ist er zu einer der Symbolfiguren im Kampf gegen Polizeigewalt und den Rassismus der französischen Polizei geworden. Er hat zahlreiche Opfer von Gewalt vor Gericht verteidigt.

Wie ist es möglich, dass die französischen Polizeigewerkschaften nur wenige Tage des Protests brauchten, um von der Regierung Macron empfangen und gehört zu werden?

"Es ist nicht das erste Mal, dass dies geschieht, ganz im Gegenteil. Auffallend ist, dass dies vor dem Hintergrund einer bestimmten juristischen, sozialen und politischen Sequenz geschieht, die durch den Tod von Nahel, durch das Verprügeln von Hedi und eine Reihe von Polizeigewalt, darunter Dutzende von Verstümmelungen, gekennzeichnet ist. In einer Zeit, in der die Bevölkerung das Opfer von Polizeigewalt ist, stehen ihre Forderungen im Widerspruch zu dem gesellschaftlichen Phänomen. Die Polizisten stellen Forderungen, während sie gleichzeitig beschuldigt werden, immer mehr und immer häufiger Gewalt auszuüben. Das Innenministerium unterstützt sie jedoch nach Kräften: ein Zeichen dafür, dass die politische Macht in den Händen einer echten '*Polizeimacht*' liegt."

Was meinen Sie mit „*Polizeimacht*“?

"Faktisch genießen Polizisten in Frankreich ein Vorrecht der Gewalt und der Straffreiheit. Ihre Gewerkschaften fordern, dieses Privileg gesetzlich zu verankern. Würde dieser Forderung entsprochen, wäre dies die endgültige Bestätigung dieser '*vierten Gewalt*', die außerhalb der Legislative, Judikative und Exekutive steht. Dies ist möglich, weil die politische Macht äußerst zerbrechlich ist und positiv auf die Forderungen der Polizei reagieren muss. Die Institution Polizei hat eine Schwelle überschritten und nutzt die Macht, die sie über die Politik hat, um einen Sonderstatus

zu erlangen und tun zu können, was sie will. Das heißt, dass sie möglicherweise töten oder verletzen kann, ohne rechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen."

Wie ist diese Entwicklung der polizeilichen Macht in Frankreich zu interpretieren, deren Gewalt und Straflosigkeit durch die zahlreichen Skandale der letzten Jahre scheinbar nicht berührt wurde ?

"In meinem Buch *'L'État hors-la-loi'* (erscheint im September 2023 bei La Découverte) analysiere ich diese Entwicklung und insbesondere den Raum, den die Polizeigewalt und das, was ich *'staatliche Gesetzlosigkeit'* nenne, eingenommen haben. Das sind Tendenzen, die sich im letzten Jahrzehnt vor allem in Arbeitervierteln gegen Menschen mit Migrationshintergrund und in der öffentlichen Ordnung gegen Menschen, die politische Opposition zeigen, manifestierten. Es ist ein Prozess, der sich Schritt für Schritt unter der Ägide der Politik vollzogen hat. Von der Rechten unter Sarkozy über die Sozialisten mit Bernard Cazeneuve (*Hollandes Premierminister und Verfasser des Gesetzes zur Reform der Selbstverteidigung im Jahr 2017, Anm. d. Red.*) bis hin zu Emmanuel Macron.

Mit *'staatlicher Gesetzlosigkeit'* meine ich die Definition einer bewussten Praxis der Illegalität durch die polizeiliche Institution oder durch staatliche Verwaltungen. In diesen Bereichen gibt es eine Bereitschaft, das Gesetz zu missachten, die einer ganzen Reihe von Phänomenen zugrunde liegt: Ich denke an die Polizeigewalt, die ein Instrument der systemischen sozialen Kontrolle ist; ich denke an den unverhältnismäßigen und somit illegalen Einsatz sogenannter *'Zwischenwaffen'*. Ich denke da an Polizeikontrollen auf *'ethnischer'* Grundlage in den Arbeitervierteln oder auch an Demonstrationsverbote, die von Präfekten verhängt wurden... Alles Beispiele für verallgemeinerte Praktiken, die vom Staat und von der Polizei selbst routinemäßig und bewusst eingesetzt werden und dennoch völlig illegal sind."

Wie können die Zivilgesellschaft und die französischen Bewegungen mit dieser beunruhigenden Entwicklung der Rolle der Polizei entgegentreten?

"Eine Lösung, die ich und viele andere in den letzten Jahren gewählt haben, besteht darin, systematisch und besonders aggressiv juristisch sowohl gegen die der Gewalt beschuldigten Beamten als auch gegen die Institutionen vorzugehen, die verhindern, dass die Beamten sanktioniert werden. Diese Arbeit, an der viele Anwälte und Aktivisten seit Jahren beteiligt sind, hat zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt, aber auch zu der gegenwärtigen Situation der Konfrontation mit der Institution Polizei. Heute erleben wir in der Tat eine Zäsur: Die Polizisten erkennen, dass sie trotz der Versprechungen der verschiedenen Exekutiven in den letzten Jahren strafrechtlich verfolgt werden können. Die Politiker haben den Polizeibeamten vieles versprochen, und nun erkennen diese, dass die Justiz unabhängig von der Exekutive ist und dass nicht alle Versprechen eingehalten werden können. Was die Polizeigewerkschaften heute fordern, ist die Möglichkeit, sich der Justiz zu entziehen. Das ist der Sinn hinter der Forderung nach einem besonderen Rechtsstatus. Sollten sie diesen erhalten, wäre das objektiv gesehen ein Ausstieg aus der Demokratie. Es wäre die Einführung eines Polizeistaats, der es einigen erlaubt, formell über dem Gesetz zu stehen, und damit über allen anderen Bürgern."

(Übersetzung aus dem Italienischen: Gewerkschaftsforum Hannover)

"Frankreich wird jetzt zu einem Polizeiregime"

NACH DEM MORD AN DEM JUNGEN NAHEL - *"Der Präsident erweckt den Eindruck, dass er den extremen Ernst einer Situation, die seit Beginn der Fünften Republik ohne Beispiel ist, nicht bemerkt oder nicht begreift."*

Fabien Escalona

In einem Interview für die Tageszeitung *"Le Parisien"* vom 23. Juli 2023 kritisierte der Generaldirektor der Nationalen Polizei, Frédéric Veaux, die Entscheidung der Richter, einen der vier Polizeibeamten aus Marseille in Untersuchungshaft zu nehmen, die angeklagt waren, während der jüngsten städtischen Unruhen einen jungen Mann verprügelt zu haben: *"Ein Polizeibeamter sollte niemals vor einem möglichen Prozess im Gefängnis sein"*, sagte er, *"selbst wenn er bei der Ausübung seiner Tätigkeit schwere Fehler begangen haben sollte. Es müssen die notwendigen technischen und juristischen Mittel geschaffen werden, damit der Beamte wieder freigelassen wird."*

Veaux erhielt sofort die Unterstützung des Präfekten von Paris, Laurent Nuñez. Empörte Reaktionen kamen von mehreren Politikern, vor allem von der Linken, nicht aber von den Verantwortlichen der Regierung von Emmanuel Macron, für die Kritik an der Polizei mehr denn je ein Tabu ist. Macron selbst beschränkte sich auf eine kurze Erklärung, in der er daran erinnerte, dass niemand über dem Gesetz stehe. **Sebastian Roché**, Direktor des Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung (CNRS), ist Experte für Polizei- und Sicherheitsfragen und Autor des Buches *"La Nation inachevée. La jeunesse face à l'école et la police"* (Grasset, 2022).

Die beiden ranghöchsten französischen Polizeibeamten haben die Entscheidung des Gerichts über die Untersuchungshaft des Polizeibeamten angefochten. Wie schwerwiegend ist diese Art von Zuwiderhandlung?

"In der Fünften Republik gibt es keine Präzedenzfälle. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz ist in Artikel 6 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte verankert, einem Grundpfeiler aller demokratischen Staaten: Im Gegensatz zum *Ancien Régime* sind Privilegien nicht erlaubt. Frédéric Veaux und Laurent Nuñez haben sich in noch laufende Ermittlungen eingemischt und dabei die Gewaltenteilung und die Garantie der Gleichheit vor dem Gesetz missachtet. Ihre Äußerungen verstoßen gegen die Grundsätze der demokratischen Polizei, die neutral sein und nach den Grundsätzen des Rechts handeln soll. Stattdessen scheinen die beiden Beamten die Polizeiverwaltung als eine vierte Gewalt zu betrachten, die bei der Arbeit der Richter und bei der Rechtsetzung durch die Parlamente ein Wörtchen mitzureden hätte. Das ist unwahrscheinlich."

Macron erinnerte an die Bedeutung des Rechtsstaates, verurteilte die Äußerungen der beiden hohen Beamten jedoch nicht, sondern verwies vielmehr auf die harten Arbeitsbedingungen der Polizei.

"Der Präsident, der sich als Garant der Institutionen ausgibt, erweckt den Eindruck, dass er den Ernst der Lage, die in der Fünften Republik beispiellos ist, nicht bemerkt oder sich dessen zumindest nicht bewusst ist. Wie kann er seiner Rolle als Vermittler gerecht werden? Er sagte, er wolle sich nicht zu den Worten des Generaldirektors der Nationalen Polizei äußern. Aber wenn ein Verwaltungschef die Äußerungen seiner Beamten nicht kommentieren kann, was ist dann die Funktion der politischen Macht? Die Äußerungen Macrons verdeutlichen seine politische Schwäche und Zerbrechlichkeit. Es ist, als ob er sagen würde: *'Ich bin nicht der Chef'*."

Innenminister Gérald Darmanin hat hingegen sein "Vertrauen" in den Generaldirektor der Polizei bekräftigt...

"Darmanin ist direkt politisch verantwortlich. Der Innenminister hat nicht nur nichts getan, sondern es ist auch nicht normal, dass er nicht mit den öffentlichen Äußerungen seiner beiden höchsten Beamten in Verbindung gebracht wird."

Dies ist nicht das erste Mal, dass die Justiz von der Polizei in Frage gestellt wird. Wir erinnern uns zum Beispiel daran, dass die Gewerkschaft Alliance Police am 19. Mai 2021 vor dem Gebäude der Nationalversammlung die Parole *"Das Problem der Polizei ist die Justiz!"* skandierte. Erinnern Sie sich an andere bemerkenswerte Ereignisse dieser Art?

"Es hat bereits mehrere Polizeiproteste gegeben. Die Sprache der Polizisten ist einheitlich. Sie weisen oft auf ihre Müdigkeit und den Mangel an Mitteln hin. Im Jahr 1958 beschwerten sie sich, weil eine Prämie im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg gestrichen worden war. 1983, nach der Ermordung von zwei Polizisten durch die linksextreme Gruppe Action Directe, versammelten sie sich sogar unter den Fenstern des damaligen Justizministers Robert Badinter, der die Todesstrafe und das 1970 im Gefolge des Mai 68 verabschiedete so genannte *"Loi anti-casseurs"* („Anti-Randalierer-Gesetz“) abgeschafft hatte.

Dies geschah 2015 erneut, um gegen die damalige Justizkanzlerin Christiane Taubira zu protestieren. Im Jahr 2016 organisierten sie in völliger Illegalität eine Demonstration auf den Champs-Élysées. An der Demonstration vor der Nationalversammlung im Jahr 2021 hatte auch der Präfekt von Paris teilgenommen, der sich den Gewerkschaftsprotesten auf dem Gelände der Nationalversammlung angeschlossen hatte. Damals war er jedoch noch ein hoher Beamter, der im Schatten von Minister Darmanin stand.

Mit den Erklärungen von Frédéric Veaux und Laurent Nuñez haben wir eine höhere Stufe erreicht. Die beiden Beamten haben sich in den Medien geäußert, so als ob sie die politische Autorität ersetzen würden, und niemand hat darauf reagiert. Im Gegensatz dazu hatte François Mitterrand 1983 Beamte entlassen, die es versäumt hatten, die Autorität des Staates durchzusetzen. Das ist meines Erachtens das Zeichen einer *'Polizei-Demokratie'*, in der die Polizei mit außergewöhnlichen Mitteln und Vorrechten ausgestattet ist oder sich diese aneignen darf."

Zahlreiche Wissenschaftler und Politiker, darunter Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der linken Partei La France Insoumise, der auf "Mediapart" zu Wort kam, behaupten, dass die Macht die "Angst" vor der Polizei schürt. Manche sprechen von einem Abdriften ins Prätorianerhafte. Was meinen Sie dazu?

"Die Gewerkschaften stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Basis, die unzufrieden ist. Die Spitzen der Hierarchie versuchen natürlich, es ihnen recht zu machen, indem sie den Rechtsstaat kritisieren, aber dennoch der politischen Autorität gegenüber loyal bleiben. Der Innenminister seinerseits versucht, die vom Staatspräsidenten vorgegebene strategische Linie beizubehalten. Das heißt: die offensichtlichsten Formen von Rassismus und Gewalt nicht zu tolerieren und gleichzeitig die Ordnungskräfte in den höchsten Tönen zu loben. Ich habe mich mit autoritären Regimen befasst, daher ist es wichtig, eine angemessene Sprache zu verwenden. Ich prangere an, dass Grundrechte ausgehöhlt wurden, aber es gibt keinen Frontalangriff auf das Justizsystem im Allgemeinen. Zu sagen, dass Polizisten Anspruch auf besonderen Schutz haben sollten, ist nicht dasselbe wie die Verurteilung der Hälfte der Richter."

Aber stellen wir uns vor, eine politische Macht wäre wirklich entschlossen, die Polizei zu reformieren. Wäre sie in der Lage, dies zu tun, ohne den staatlichen Sicherheitsapparat zu entfremden?

"Die Polizei hat eine Loyalitätspflicht, das ist ein Grundprinzip aller Demokratien. Aber als Politikwissenschaftler kann ich nicht umhin zu sehen, dass die Polizei eine Kraft darstellt, die in der Lage ist, Einfluss auf die Macht auszuüben. Die Frage ist, inwieweit sie Druck ausüben kann. In der Vergangenheit, als die politische Macht ihre Autorität durchsetzte, hat sich die Polizei nie erhoben. Im Jahr 1983 hat Mitterrand *‚viele Köpfe abgeschlagen‘*. Dies war auch 1997 der Fall, als die Regierung des Sozialisten Lionel Jospin eine bürgernahe Polizeiarbeit einführte, die auf starken Widerstand stieß. Und es ist immer noch möglich: Es gibt loyale Menschen in verantwortlichen Positionen, und ich glaube nicht, dass eine Gewerkschaft die Fähigkeit hat, das Funktionieren von Institutionen zu blockieren. Der Präsident der Republik Macron betreibt politische Kalküle. Er glaubt, dass es für ihn günstiger ist, der Polizei Garantien zu geben, als ihr keine zu geben. Selbst unter der Bedingung, dass er dabei die Justiz misshandelt."

Vor drei Jahren, während der Krise der "Gelbwesten", sprach er in einem Videointerview mit Mediapart von der Gefahr einer "Südamerikanisierung" der französischen Polizei. Haben die letzten Jahre seine Befürchtungen bestätigt?

"Seitdem hat sich die Zersplitterung und das chaotische Vorgehen nicht mehr wiederholt. Die Polizei ist nicht mehr so uneinheitlich in ihrer Handlungsweise. Was jedoch seither fortbesteht, ist die strategische Entscheidung für eine *‚Angriffspolizei‘*. Bei den Demonstrationen gegen die Rentenreform führte diese Strategie zu präventiven Verhaftungen und zur Einschränkung der Pressefreiheit. Und natürlich auch zu schweren Verletzungen von Demonstranten."

(Übersetzung aus dem Italienischen: Gewerkschaftsforum Hannover)